Feature

Die Sozialdemokratische Partei Japans: Ein Rückblick

Dr. Michael Ehrke, Bonn

Ein Ergebnis der Turbulenzen, die das politische System Japans seit 1993 bewegen, ist das Zusammenschrumpfen der Sozialdemokratischen Partei Japans (SDPJ)[1], der einst größten Oppositionspartei, auf eine marginale politische Größe. In den Unterhauswahlen vom Oktober 1996 gewann die SDPJ mit nur noch 5% Wählerstimmen 15 Parlamentssitze. Der Zusammenbruch des "Systems von 1955" - der Dauerherrschaft der Liberaldemokratischen Partei (LDP) und der Daueropposition der SDPJ - hat die dominierende Kraft dagegen kaum tangiert: Die LDP blieb nach den letzten Unterhauswahlen stärkste Partei und gewann die relative Mehrheit, die durch Überläufer aus den Oppositionsparteien schnell zur absoluten Mehrheit werden kann. Mit dem Umbau des *predominant party system* verschwand nicht die vorherrschende, sondern - bis auf eine Restgröße - die nachgeordnete Kraft. Mit der SDPJ wurde die einzige Partei Japans demontiert, deren Organisationsstruktur Parallelen mit europäischen Vorbildern aufweist, die einzige japanische Partei zudem, die als Mitgliederpartei demokratisch organisiert war. Demgegenüber wurden bzw. werden die Kommunisten und die ehemalige Komeitō autoritär geführt, während LDP, Shinshintō und Demokratische Partei keine formelle Mitgliedschaft mit demokratischen Rechten und Pflichten aufweisen, sondern Abgeordnetenclubs sind, deren Basis in den personenbezogenen Unterstützungsvereinigungen ihrer Politiker liegt.

[1] Den Namen "Sozialdemokratisch" gab sich die vorher Sozialistische Partei erst 1987, und zwar nur in der internationalen Bezeichnung. Für die Japaner blieb sie bis 1995 die Sozialistische Partei (Nihon Shakaitō). Erst ab 1995 bezeichnete sie sich auch intern als "Sozialdemokratisch" (Nihon Shamintō). Im Folgenden wird das Kürzel SDPJ verwendet, unabhängig davon, welchen offiziellen Namen die Partei zu dem jeweiligen Zeitpunkt in Japan oder international trug

Der Niedergang der Sozialdemokratie könnte als ein Indiz dafür angesehen werden, daß es in Japan keine Nachfrage nach einem sozialdemokratischen Politikangebot gibt. In einer Gesellschaft, deren Mitglieder sich zu 90% als zur Mittelklasse gehörig einstufen (wie illusionär diese Selbsteinschätzung auch sein mag), scheint eine politische Kraft, die sich traditionell für die Belange der Unterprivilegierten einsetzt, überflüssig zu sein. In der Tat ist Japan das einzige entwickelte Industrieland, das nie eine Regierung links von der Mitte hatte, und in dem auf nationaler Ebene nie - sei es auch nur vorübergehend - ein sozialdemokratisch inspiriertes Reformprogramm realisiert wurde. Nicht zuletzt deshalb haben sich in den Folge der 40 Jahre währenden rapiden Wirtschaftsentwicklung soziale Probleme angestaut, die geradezu nach "sozialdemokratischen Lösungen" drängen. Zu nennen wären - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - Sozialleistungen weit unter dem Niveau der westlichen Industrieländer; die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in Kleinunternehmen oder an der Peripherie der Großunternehmen, aber auch der Vielzahl von Kleinunternehmern, Selbstbeschäftigten, mithelfenden Familienangehörigen usw.; die Knappheit an städtischem Boden und - als Folge - eine unzureichende städtische Infrastruktur (und eine unzureichende Sicherung gegen Erdbeben), astronomische Bodenpreise, hohe Mieten und beengte Wohnverhältnisse; die enorme Ausdehnung der Städte und die entsprechenden Folgen für die Verkehrsinfrastruktur und die An- und Abfahrten zum und vom Arbeitsplatz; die hohen Konsumentenpreise bzw. die hohe Differenz zwischen der internationalen und der inländischen Kaufkraft des Yen; die enormen Ausbildungskosten; extrem lange Arbeitszeiten und die Randstellung der Frauen im Arbeitsleben.

Die Sozialdemokratische Partei Japans hat allerdings nie Lösungen für derartige soziale Probleme angeboten. Sie hat keine sozial-, wohnungs-, verkehrs-, gesundheits- oder umweltpolitische Kompetenz entwickelt, geschweige, daß sie sich in der Wirtschafts- und Finanzpolitik als Alternative zur LDP profiliert hätte. Die SDPJ hat auf die Entwicklung einer eigenständigen Politik verzichtet und sich statt dessen mit dem Hochhalten von Prinzipien begnügt. Diese Prinzipien leiteten sich in erster Linie aus den Reformen der ersten Jahre der amerikanischen Besatzungszeit ab. Hierzu gehören die in den USA geschriebene Verfassung mit dem

Artikel 9, der Japan den Unterhalt eigener Streitkräfte untersagt, die Freiheit der Gewerkschaften und die Agrarreform. Obwohl die historischen Ursprünge der japanischen Sozialdemokratie in marxistischen und anarchistischen Zirkeln liegen, die in den 20er Jahren gebildet worden waren, kann die Nackriegs-SDPJ vor allem als Partei der "Friedensverfassung" von 1946-47 gelten.

Die Partei war damit Teil einer Linken, die durch die Reformen der amerikanischen Besatzungsmacht - in den ersten Jahren durchaus intendiert - geschaffen worden war, eines "progressiven Lagers", das von den Kommunisten bis zu den Linksliberalen reichte, und das unmittelbar nach Kriegsende davon ausging, daß seine historische Stunde gekommen sei. Als die amerikanischen Besatzungsbehörden mit dem einsetzenden Kalten Krieg ihren Kurs änderten und die japanische Regierung u.a. dazu bewegten, unter Verletzung des Artikels 9 eigene Streitkräfte aufzubauen, wurden die "Progressiven" zum Gewissen der Nachkriegszeit; zum Gegenbild des sich schnell konsolidierenden Status-quo-Konservativismus der LDP. Die andauernde Dominanz der progressiven Intellektuellen in einer strukturell konservativen Gesellschaft war einer der charakteristischen Aspekte der japanischen Nachkriegsgeschichte (Carol Gluck). Dieses "progressive Lager" - und mit ihm die Sozialdemokraten - strebte nie die Übernahme der Regierungsmacht im Rahmen der durch den Kalten Krieg vorgegebenen Bedingungen an, sondern lehnte das Nachkriegssystem im Namen der Friedensverfassung grundsätzlich ab.

Als Teil einer unerschütterlichen Fundamentalopposition verkörperten die Sozialdemokraten eine Haltung, die seit der Meiji-Zeit als *zaiya* bezeichnet wird. *Zaiya* bedeutet "Oppositionsdasein" und wurde zunächst auf die Parteien überhaupt (im Gegensatz zur Administration), dann auf die Parteien der Linken angewandt. Dabei wird vom Begriff der Opposition die Bedeutung einer potentiellen Regierungskraft abgezogen, "Oppositionsdasein" als Dauerzustand definiert, dem ein hoher moralischer Wert beigemessen wird. In Erinnerung an die ihrer Ansicht nach gescheiterte demokratische Revolution der Jahre 1945-47 nahmen die Sozialdemokraten die Haltung eines unbeirrbaren Mahners ein, der sich - wie es schien - der Teilhabe an den niedrigen Geschäften der Alltagspolitik systematisch verweigerte.

1. Ursachen eines Niedergangs

Der Start der SDPJ in den 50er Jahren berechtigte durchaus zu Hoffnungen: In den Unterhauswahlen von 1958 gewann die Partei 32,9% der Wählerstimmen und lag damit leicht über der SPD in den Bundestagswahlen von 1957 (31,9%). Die SDPJ hatte eine kleinere, aber stärker diversifizierte Wählerschaft als die LDP. Arbeiter machten zu jener Zeit 33% ihrer Anhänger aus, 26% waren *white collar*-Angestellte. Aufgrund des Engagements vieler sozialdemokratischer Politiker für die Agrarreform hatte die Partei auch in der Bauernschaft eine beachtliche Basis (25% der SDPJ-Anhänger), und selbst viele Kleinunternehmer und Einzelhändler stimmten für die Sozialdemokraten. Die Anhängerschaft der LDP dagegen setzte sich zu 70% aus Bauern und Kleinunternehmern zusammen, ihre Gefolgschaft war in den Bevölkerungsgruppen besonders schwach, die aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung am schnellsten wachsen sollten: Bei den Arbeitern und den *salarymen* der großen Unternehmen.

Der Trend schien die SDPJ auf mittlere Sicht zu begünstigen; dies war nicht nur Wunschdenken der Sozialdemokraten, auch führende LDP-Politiker wie 1963 Hirohide Ishida argumentierten, daß die Ausbreitung der höheren Bildung und die Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur die Basis der LDP unterminieren und die SDPJ innerhalb einer Dekade an die Regierung bringen würden. Doch die Prophezeiung traf nicht ein. Seit dem Ende der 50er Jahre verlor die SDPJ mit Ausnahme der Jahre 1989/90 an Wählerstimmen. 1993 war sie bei 15%, 1997 bei 5% angekommen. Was erklärt diesen bis 1992 schleichenden, dann sich dramatisch beschleunigenden Niedergang?

Zunächst ist das japanische Wahlsystem zu nennen. Das Wahlrecht sah bis 1994 die Vertretung der Wahlkreise durch mehrere Abgeordnete vor und bevorzugt ländliche und periphere Regionen vor den städtischen Zentren. Die Mehrfachvertretung der Wahlkreise hatte zur Folge, daß nicht nur die LDP, sondern auch die SDPJ in den Wahlkreisen mehrere Kandidaten aufstellen mußte, die miteinander um die Gunst der Wähler rivalisierten. In den 50er Jahren nominierte die SDPJ in 80% der Wahlkreise mehr als einen Kandidaten, in den 80er Jahren war dieser Anteil allerdings auf 20% geschrumpft. Das Aufstellen rivalisierender Kandidaten durch eine Partei

führte fast automatisch zur Fraktionierung, in der SDPJ ebenso wie in der LDP. Während sich die rivalisierenden Kandidaten der LDP jedoch nie ideologisch-programmatisch voneinander unterschieden, sondern mit konkreten Wahlversprechen und Wahlgeschenken warben, war die Fraktionierung in der SDPJ mit scharfen ideologischen Auseinandersetzungen zwischen "rechten", "zentristischen" und "linken" Kräften verbunden. Die Differenzen gewannen mit der Zeit freilich einen fiktiven Charakter. Während sich Parteiapparat und Mitgliedschaft in dogmatische Flügelkämpfe verstrickten, wurden diese Auseinandersetzungen für die Abgeordneten bedeutungslos. Wenn sie wiedergewählt werden wollten, mußten sie ihren Wahlkreisen staatliche Mittel und Leistungen zukommen lassen, und das hieß, daß sie mit der regierenden LDP Kompromisse schließen mußten. Der hoch ideologisierte Apparat bzw. die Mitgliedschaft auf der einen und die eher pragmatischen Parlamentarier (die sich freilich oft genug ideologisch kostümierten) auf der anderen Seite drifteten schon früh auseinander. In ihren Wahlkämpfen verließen sich die Abgeordneten auch immer weniger auf die Partei als auf dieselben lokalen Unterstützungsvereinigungen, die auch für die LDP charakteristisch waren, mit dem Unterschied, daß in den Wählervereinigungen der Sozialdemokraten die lokalen Gewerkschaften dominierten. Der starre Gegensatz zwischen fundamentalistischer Ideologie und prinzipienlosem Pragmatismus belastete die Partei schon früh mit einer fast strukturell angelegten Unglaubwürdigkeit.

Eine Folge des Wahlsystems, in dem eine ländliche Stimme das dreifache Gewicht einer städtischen Stimme hatte, war die frühe *Verländlichung der Partei*. Während die SDPJ auf nationaler Ebene immer mindestens doppelt so viele Stimmen gewann wie die nächstgrößere Oppositionspartei, wurde sie in den Großstädten oft von den Kommunisten und der buddhistischen Komeitō überflügelt. Schon 1976 erzielte die SDPJ 60% ihrer Stimmengewinne in ländlichen oder halbländlichen Wahlkreisen; nur 26% ihrer Abgeordneten stammten aus städtischen, nur 14% aus großstädtischen Wahlkreisen. In Tōkyō ging ihr Anteil an den Wählerstimmen zwischen 1966 und 1976 von 27% auf 17% zurück. In diesem Zusammenhang war auch bedeutsam, daß sich die SDPJ in erster Linie auf die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stützte, die sich 1954 im Dachverband Sōhyō zusammengeschlossen hatten. Die

Mitgliedschaft der Sōhyō-Gewerkschaften - Eisenbahner, Postangestellte, Telekommunikationsarbeiter, kommunale Angestellte und vor allem Lehrer - konzentrierte sich nicht auf die Großstädte und industriellen Ballungszentren, sondern verteilte sich auf das ganze Land, wobei sie - wie die Lehrer - oft lokale Schlüsselstellungen besetzte. Die Verländlichung der SDPJ und ihre enge Kooperation mit den Gewerkschaften schlossen einander also nicht aus (die Gewerkschaften der Automobil-, Stahl- und elektronischen Industrie, die von dem Dachverband Dōmei vertreten wurden, unterstützten seit 1960 die konkurrierende Demokratisch-Sozialistische Partei). Die Verländlichung der Sozialdemokratischen Partei, der Verzicht auf die Vertretung der städtischen Bevölkerungsmehrheit, war unter den Bedingungen des geltenden Wahlrechts eine rationale Strategie, sie isolierte die Partei aber nicht nur von der Industriearbeiterschaft sondern auch vom sozialen Problempotential der Großstädte. Trotz ihrer linken Rhetorik wurde die Partei strukturkonservativ, sie glich sich der LDP an.

Schließlich lag es auch am Wahlsystem, daß sich die größte Oppositionspartei in ihrer Position sicher fühlen konnte. Da ein Wahlkreis im Durchschnitt fünf Abgeordnete stellte, war nahezu garantiert, daß zumindest ein Kandidat der SDPJ ins Unterhaus zog. Wahlrecht und Wahlsystem schlossen aus, daß die SDPJ die Regierungsmacht erlangte, sie schlossen aber auch aus, daß die Partei ganz von der politischen Bühne verschwand. Es lag also nahe, sich in der Opposition einzurichten, das edle Oppositionsdasein zu pflegen und gleichzeitig informell, d.h. durch verdeckte Kompromisse mit der LDP, an der Macht teilzuhaben.

Die auf den ersten Blick gelungene, langfristig aber lähmende Anpassung an das Wahlsystem war ein Faktor des Niedergangs. Ein zweiter Faktor war die lang anhaltende *Dominanz einer dogmatischen, pro-sowjetischen Linken in Parteiapparat und Mitgliedschaft*. Die völlig unrealistischen Vorstellungen der Linken halfen de facto, das mit einem positiven Vorzeichen versehene "Oppositionsdasein" zu konservieren. Die Dominanz der Linken ergab sich zum einen aus dem Desaster, das die einzige Regierungsbeteiligung der SDPJ unter der Führung des rechten Flügels 1947-48 nach sich gezogen hatte. Zum andern spielte eine Rolle, daß die Sōhyō-Gewerkschaften - allen voran die Lehrer - eine

regierungsfeindliche Haltung einnahmen, u.a. weil ihren Mitgliedern als öffentlichen Bediensteten das Streikrecht versagt war. Hinzu kam die bereits erwähnte Dominanz der linken, meist marxistischen Intellektuellen an den Universitäten des Landes.

Ihren organisatorischen Ausdruck fand die Vorherrschaft der SDPJ-Linken 1951 in der Gründung des Shakaishagi Kyōkai (Sozialistische Vereinigung) durch den Kyotoer Professor Sakisaka. Seit seiner Gründung dominierte die Kyōkai die Programmdebatte und stand in den 70er Jahren kurz davor, den Parteiapparat zu übernehmen (was von den Parlamentsabgeordneten verhindert wurde). Das Grunddogma der streng pro-sowjetischen Kyōkai bestand in der Auffassung, die japanische Gesellschaft könne nur durch eine sozialistische Revolution verändert werden, was jegliche "reformistische" Vorbereitung auf eine friedliche Regierungsübernahme von vornherein ausschloß. Die geringe Sachkompetenz der SDPJ, ihr prinzipieller Verzicht auf die Entwicklung einer Alternative zur Regierungspolitik, hat so eine ihrer Ursachen in einem obsoleten und selbstzerstörerischen Dogmatismus, den auch die Reformpolitiker der Partei nicht brechen konnten.

Eine dritte Ursache des Niedergangs der SDPJ lag im Aufkommen zweier neuer Parteien, die sich zwischen Sozial- und Liberaldemokraten schoben und das Wählerpotential der SDPJ schmälerten. 1960 spaltete sich die Demokratisch-Sozialistische Partei (LSP) von der SDPJ ab; Anlaß waren vor allem Meinungsverschiedenheiten in der Außen- und Sicherheitspolitik. Während die SDPJ Japan in einer neutralen Position unabhängig von den Blöcken des Kalten Krieges sehen wollte, vertrat die DSP einen pro-amerikanischen Kurs. Der wichtigste Aspekt hierbei war, daß die Parteispaltung die Distanz der Dōmei-Gewerkschaften von Sōhyō und SDPJ vergrößerte. Die radikale Rhetorik von SDPJ und Sōhyō ließ sich mit dem Pragmatismus der gegenüber den Unternehmen kooperationsbereiten großen Betriebsgewerkschaften nicht vereinbaren. Die DSP selbst kam über den Rang einer Splitterpartei nie hinaus. Sie hatte einige regionale Hochburgen wie die Aichi-Präfektur, dem Stammsitz von Toyota, wo die Toyota Betriebsgewerkschaft starken politischen Einfluß ausübt, und sie verfügte über gute Beziehungen zur Führung der Selbstverteidigungsstreikräfte. 1994 ging die DSP in der neugebildeten

Oppositionspartei Shinshintō auf, ohne dort nennenswerte Spuren zu hinterlassen.

Die zweite und gewichtigere "zentristische" Partei war die Komeitō ("Partei für eine saubere Politik"), die sich auf die buddhistische Sōka Gakkai-Sekte und deren 7,8 Millionen Mitglieder stützte. Die Laienorganisation ist im religiösen Leben Japans, das generell durch hohe Toleranz gekennzeichnet ist - fast jeder Japaner bekennt sich zu mindestens zwei Religionen -, eine Anormalität: Sie tritt mit einem unüblichen Absolutheitsanspruch auf und erregt durch ihre aggressive Missionierungspraxis häufig Unwillen. Die Wählerschaft der Komeitō ist daher weitgehend auf die Mitgliedschaft der Sōka Gakkai beschränkt; dies ist ein quantitativ begrenzter, aber ein sicherer Posten, da die Sekte in der Lage ist, das Wahlverhalten ihrer Mitglieder effektiv zu kontrollieren. Auch die nationale Organisation der Komeitō ging in der Shinshintō auf (die lokalen Organisationen blieben unabhängig), hat auf die neugebildete Partei aber einen weitaus stärkeren Einfluß als die DSP.

Die Bedeutung von DSP und Komeitō für die SDPJ lag zum einen in der Wahlarithmetik: Beide zusammen konnten in der Regel 15% der Wählerstimmen auf sich vereinigen, auf die die SDPJ nicht mehr rechnen konnte. Zum andern lag sie aber auch darin, daß sie - wie erwähnt - die Trennung der Sozialdemokratie von zwei wichtigen Bevölkerungsgruppen verkörperte, der Industriearbeiterschaft und der unterprivilegierten Schichten in den Großstädten, zu deren Sprecher sich die Komeitō gemacht hatte (die Sōka Gakkai hatte vor allem in den ersten Nachkriegsjahrzehnten unter den sozial entwurzelten Land-Stadt-Migranten erfolgreich missioniert). Es kam zu der paradoxen Situation, daß in den Großstädten zwei ähnlich autoritär geführte, aber ideologisch entgegengesetzte Außenseiterparteien - die Kommunisten und die Komeitō - beachtliche Wählergruppen an sich binden konnten, während die beiden Systemparteien LDP und SDPJ ihre Stärke aus der Peripherie des Landes bezogen.

Die vierte und wichtigste Ursache des Niedergangs der japanischen Sozialdemokratie war *der enorme Wirtschaftsaufschwung*, den das Land in zwischen 1950 und 1990 erfuhr. Dieser Aufschwung kam automatisch

der regierenden LDP zugute, die ihre Kraft darüber hinaus einsetzte, um die potentiellen Modernisierungsverlierer, den traditionellen Mittelstand der Bauern, Kleinindustriellen, Einzelhändler, Bauunternehmer usw. durch Subventionen, Steuererleichterungen und die Behinderung der Konkurrenz vor den Folgen des Fortschritts zu schützen. Das für den Außenstehenden frappierendste Merkmal der japanischen Sozialdemokraten ist deren Weigerung, die gewaltigen Veränderungen der letzten Jahrzehnte zur Kenntnis zu nehmen. Als japanische Elektronikunternehmen in den 80er Jahren die internationalen Märkte eroberten, forderte die SDPJ nach wie vor die "Verstaatlichung der Schlüsselindustrien". Die Realität Japans und die Realität der größten Oppositionspartei des Landes schienen auf zwei gänzlich verschiedenen Planeten angesiedelt zu sein. Die perfekt gelungene Nicht-Anpassung an eine dramatisch veränderte Wirklichkeit ließ die SDPJ oft als die konservativere Kraft erscheinen als die LDP, die sich in den 80er Jahren unter Nakasone immerhin mit dem Gewand eines dynamischen, mittelschichtsorientierten Neokonservativismus zu schmücken wußte. Es ist dieser starre Konservativismus, der eine Regierungsübernahme der Sozialdemokraten ausschloß, der Partei aber ein wenn auch schrumpfendes Wählerpotential erhielt: Die Sozialdemokraten hatten nicht nur vier Dekaden allseitiger Veränderungen in Erstarrung über sich ergehen lassen, sie waren sich auch - wie es schien "treu geblieben", ein Element des Zuverlässigen im Wirbel schneller Veränderungen. Diese nostalgische Beharrlichkeit, die den ehemaligen Premier Tomiichi Murayama heute nach an der Geburtstagsfeier des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-Il teilnehmen oder Mitglieder der Kyōkai von einer früheren Reise in die Sowjetunion schwärmen läßt, war bar jeden politischen Inhalts, aber einer der letzten Aktivposten der Partei.

2. Verpaßte Trendwenden

Zwei Mal in ihrer Geschichte schien sich das Blatt für die Sozialdemokratische Partei Japans zu wenden. Die erste Chance bot sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre, als in den wichtigsten Großstädten "progressive" Kommunalregierungen sozial- und umweltpolitische Initiativen ergriffen, die so populär waren, daß sie von der LDP auf der nationalen Ebene aufgegriffen werden mußten (hierzu gehörten eine in

einigen Bereichen konsequente Umweltgesetzgebung und eine großzügige Seniorenpolitik). Doch es war keineswegs in erster Linie die SDPJ, die diese Initiativen ergriff: Kommunisten, Unabhängige und auch die Komeitō waren beteiligt, so daß die Partei auf auf nationaler Ebene kaum von der Popularität der kommunalen Reformen profitierte. Eher im Gegenteil: Just im dem Zeitraum, als sich in den Großstädten "progressive" Bürgermeister und Lokalregierungen etablierten, wurde der ländliche Charakter der SDPJ offenbar. Die "progressiven" Bürgermeister und Lokalregierungen wurden in den 80er Jahren abgelöst. Danach bildete sich in den Kommunen die Praxis heraus, den jeweils regierenden Bürgermeister durch eine Allparteienkoalition - einschließlich der Sozialdemokraten - gegen kommunistische oder unabhängige Herausforderer zu schützen. Unter Mitwirkung der Sozialdemokraten wurde kommunale Demokratie in den Großstädten zur Farce; in der Tendenz wählen die Bewohner der Großstädte schillernde Außenseiter oder, dies häufiger, gar nicht mehr.

Die zweite Chance bot sich Ende der 80er Jahre. In den Oberhauswahlen 1989 hatten die Sozialdemokraten so viele Zugewinne, daß die LDP im Oberhaus erstmals über keine Mehrheit mehr verfügte. 1990 konnte die SDPJ - dieses Mal auf Kosten der anderen Oppositionsparteien - erhebliche Zugewinne in den Unterhauswahlen verbuchen. Beobachter, die Anfang der 90er Jahre die Situation der SDPJ analysierten, sprachen daher oft vom "Wiederaufstieg" der Partei. Heute zeigt sich, daß keine Trendwende vorlag, sondern der Abstieg nur verzögert wurde. Die Erfolge 1989 und 1990 gingen auf eine Reihe außergewöhnlicher Umstände zurück, die sich nicht wiederholen sollten.

Erstens hatte die Partei Takako Doi zur Vorsitzenden gewählt; dies war das erste Mal in Japan, daß eine Frau den Vorsitz einer Partei übernahm, und brachte der SDPJ schon aufgrund des Sensationsfaktors eine in der Regel positive Publizität in den Medien ein. Vor allem aber zog Frau Doi eine große Zahl japanischer Wählerinnen auf die Seite der SDPJ. Dies bedeutete freilich nicht, daß die SDPJ die "Frauenfrage" entdeckt hatte und sie politisch zu Besetzen" gedachte. Frau Doi war gewählt worden, weil sie zu diesem Zeitpunkt das Gleichgewicht der Fraktionen am besten zu repräsentieren schien und sie wurde abgewählt, als sich dieses Gleichgewicht verschob. Die vorübergehende Zustimmung der Frauen

strich die SDPJ eher als *windfall profit* ein denn als Ergebnis einer innovativen Wahlstrategie.

Zweitens hatte der Recruit-Skandal 1989 fast die gesamte LDP-Spitze als korrupt entlarvt. Der Unmut der Wähler kam automatisch der Opposition zugute.

Drittens hatte die LDP Probleme mit ihrer eigenen Klientel. Sie brachte die Bauern gegen sich auf, weil sie den japanischen Markt für Rindfleisch und Zitrusfrüchte geöffnet hatte. Vor allem aber plante sie die Einführung einer Konsumsteuer von 3%, die vor allem diejenigen traf, die wenig oder gar keine Steuern zahlten: Den traditionellen Mittelstand. Diese Gruppe opponierte gegen eine Verbrauchssteuer nicht nur wegen der Einkommensminderung, sondern weil sie befürchten mußte, daß sie mit der neuen Steuer ihre Einkommen offenzulegen hatte, womit die üblichen Wege der Steuerumgehung versperrt würden. Die SDPJ (und die anderen Oppositionsparteien) machten sich in dieser Situation zum Vertreter der LDP-Klientel und lehnte die Importliberalisierung und die neue Steuer strikt ab. Unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit war dies eine fragwürdige Position: Die abhängig Beschäftigten tragen mit ihren direkten Steuern einen weitaus größeren Teil der Steuerlast als die Bauern und kleinen Selbständigen. Einer populären Formel zufolge werden die Einkommen der Arbeitnehmer zu 90, die der Selbständigen zu 40 und die der Bauern zu 20% versteuert, und 30% der Selbständigen zahlen überhaupt keine Steuern. Aber die neue Verbrauchssteuer war äußerst unpopulär, und die Wähler straften die LDP mit der Stimmabgabe für die Opposition.

Zu diesen für die SDPJ günstigen Umständen kam noch ein klimatischer Faktor: Das Ende der 80er Jahre war die Zeit der *bubble economy*, des schwindelerregenden Anstiegs der Aktien- und Immobilienpreise, der entfesselten, allgegenwärtigen Spekulation und eines vorher nicht gekannten demonstrativen Luxuskonsums. Man erinnere sich, daß das Telekommunikationsmonopol NTT zum Zeitpunkt seiner Privatisierung höher bewertet wurde als alle deutschen Inlandsaktien zusammen, und daß der Immobilienwert des Tokyoter Kaiserpalastes dem ganz Kanadas entsprach. Die Situation der *bubble economy* wurde schon vor dem

Platzen der Seifenblase von vielen als irreal, zum Teil auch als den japanischen Wertvorstellungen entgegengesetzt empfunden. Die Tugenden des Fleißes und der Sparsamkeit schienen im Umfeld des *zaitech*, der hochtechnologischen Finanzmanipulationen, zugrunde zu gehen (nach Platzen der Seifenblase setzte ein "Edo-Boom" ein, mit dem das traditionelle Japan wieder eine Aufwertung erfuhr). Es ist nicht verwunderlich, daß im Umfeld von als fragwürdig empfundenen Veränderungen viele Wähler für die Partei stimmten, die sich in 40 Jahren nicht verändert hatte: Die Sozialdemokraten.

3. Vom schleichenden Niedergang zum Untergang

Ende der 80er Jahre setzte in der LDP die Debatte über eine politische Reform, d.h. eine Wahlrechtsreform ein. Der Grundgedanke bestand darin, mit einer Veränderung des Wahlrechts die Dauerherrschaft der LDP durch ein System zweier gleichermaßen regierungsfähiger Parteien zu ersetzen, die einander an der Macht ablösen konnten. Warum, so mußte man fragen, stellten die Politiker einer Partei ein Wahlsystem zur Disposition, das die Vorherrschaft ihrer Partei so effektiv zu garantieren schien? Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß nur eine Minderheit in der LDP ein neues Wahlsystem befürwortete. Diese Minderheit versuchte mit einer Wahlrechtsänderung drei Probleme zu lösen: *Erstens* wurde die Mehrfachvertretung der Wahlkreise und die Rivalität von Kandidaten derselben Partei mit Hilfe von Wahlgeschenken als Ursache der hohen Korruptionsanfälligkeit und der hohen Kosten des japanischen politischen Systems angesehen. *Zweitens* lähmte der mit dem bestehenden Wahlsystem gegebene Zwang zur Fraktionsbildung und zur Besetzung der Regierungs- und Parteiposten nach dem Proporzprinzip die Handlungsfähigkeit der Regierungen. Ein Premierminister, der sein Kabinett unter Proporzgesichtspunkten zusammenstellen mußte und der gewählt wurde, nicht weil er Führungsqualitäten zeigte oder ein attraktives Programm präsentierte, sondern weil er nach dem Senioritätsprinzip "dran" war - und der, wie das Schicksal Nakasones gezeigt hatte, abgewählt werden konnte, nicht weil er gescheitert war, sondern weil nun der Vertreter einer anderen Fraktion "dran" war -, ein solcher Regierungschef und ein derart zusammengestelltes Kabinett konnten das Regieren allenfalls als Routinetätigkeit

ausüben, aber keine weitreichenden Entscheidungen treffen. *Drittens* schließlich band das Wahlsystem die LDP an ihre nach wie vor mächtige, in Größe und Bedeutung aber schrumpfende Klientel, die in erster Linie an Subventionen, Steuervorteilen und an Schutz vor Konkurrenz interessiert war; dasselbe System blockierte den Zugang der LDP zu den modernen städtischen Mittelschichten und Arbeitnehmern. Selbst bei ihren erdrutschartigen Wahlsieg von 1986 hatte die LDP in großstädtischen Wahlkreisen nur 35% der Wählerstimmen gewonnen - gegenüber 60% in den Kleinstädten und 63% auf dem Land. Die Bindung an den traditionellen Mittelstand verhinderte, wie das Beispiel der Steuerreform und der Importliberalisierung gezeigt hatte, eine moderne konservative Politik im Interesse der städtischen Bevölkerungsmehrheit, zumal sich die größte Oppositionspartei in einer kritischen Situation als die bessere LDP profiliert, und von der Unzufriedenheit der LDP-Klientel profitiert hatte.

Eine Veränderung des Wahlrechts würde - so die Reformer - auch Veränderungen in den Parteien auslösen. Vor allem zwang die zunächst vorgesehene Einführung des einfachen Mehrheitswahlrechts die Oppositionsparteien zum Zusammenschluß. In der Frage, wie denn das neue Parteiensystem aussehen und welche Rolle die SDPJ in ihm spielen sollte, gab es freilich auch unter den Reformpolitikern unterschiedliche Konzeptionen. Für einige - so den heutigen Shinshintō-Präsidenten Ichirō Ōzawa - war es klar, daß die regierungsunfähige und -unwillige SDPJ von der politischen Bühne zu verschwinden hatte. In Japan könne nur eine zweite konservative Partei die LDP aus der Regierung verdrängen; der politische Wettbewerb würde - so läßt sich folgern - nicht über ideologisch-programmtische Differenzen ausgetragen, sondern durch unterschiedliche, im Kern aber konservative *policy*-Angebote in Einzelfragen. Andere Politiker in der LDP wie in der SDPJ hofften dagegen darauf, die SDPJ in eine moderate, regierungsfähige Partei europäischen Zuschnitts umbauen zu können. Für eine derartige Konzeption sprach der 1989 erfolgte Zusammenschluß der Sōhyō- und Dōmei-Gewerkschaften zum einheitlichen Dachverband Rengō. Rengō als gemäßigte Vertretung der gesamten Arbeitnehmerschaft war der natürliche Partner einer reformierten und nach dem Vorbild von Rengō neu zusammengeschlossenen Sozialdemokratie, die den Gegenpart zur LDP zu spielen hatte. Der politische Wettbewerb wäre diesem Konzept zufolge in

Form einer gemäßigten ideologisch-programmatischen Konkurrenz ausgetragen worden.

Vom Ergebnis her gesehen hat sich keine der beiden Positionen durchgesetzt. Die SDPJ hat sich nicht erneuert sondern ist untergegangen. Aber es hat sich auch keine regierungsfähige konservative Gegenkraft zur LDP herausgebildet. Der Grund: Die LDP ist keine konservative Programmpartei im europäischen Sinn, die zumindest teilweise durch gemeinsame Wertvorstellungen ihrer Mitglieder zusammengehalten wird, sondern eine programmatisch diffuse, pragmatische Partei der Machterhaltung. Es kann aber immer nur eine Partei geben, deren Ziel vornehmlich der Machterhalt ist, die Regierungspartei. Eine ausschließlich durch machtpolitischen Pragmatismus zusammengehaltene Oppositionspartei würde sich über kurz oder lang auflösen, da die meisten ihrer Mitglieder in das attraktivere Regierungslager überwechseln würden. Eben dies ließ sich 1997 anhand der Shinshintō beobachten. Man kann das Dilemma der Opposition in Japan wie folgt beschreiben: Einer Partei wie der LDP kann auf Dauer nur eine Kraft opponieren, die wie die SDPJ durch starre Prinzipien wie das Festhalten an der "Friedensverfassung" von 1946 zusammengehalten wird, was taktische Kompromisse nicht ausschließt, sie aber in die Hinterzimmer der Politik verbannt. Die zumindest nach außen hin beschworene Kompromißlosigkeit verhindert die Selbstauflösung - aber auch die Regierungsfähigkeit. Die LDP von der Macht vertreiben kann dagegen nur eine Kraft, die der LDP aufs Haar gleicht, wenn es ihr beim ersten Anlauf aber nicht gelingt, ist sie zur schleichenden Selbstauflösung verdammt.

Die Entwicklungen seit 1993 belegen diese These. 1993 wurde die erste Nicht-LDP Regierung seit 1955 gebildet, die Siebenparteienkoalition von Ministerpräsidenten Hosokawa Morihiro. Die LDP wurde in die Opposition getrieben und sofort zeigte sich, daß die Liberaldemokraten in der Opposition, d.h. von der Verfügung über den Staatshaushalt getrennt, weder sich selbst, noch ihre Klientel zusammenhalten konnten. Sie mußten um jeden Preis an die Regierung zurück, und der Preis war in diesem Fall eine Koalition mit dem Gegner von einst, den Sozialdemokraten unter Murayama Tomiichi. Die Situation der SDPJ dagegen war komplizierter: unter Hosokawa war die Partei erstmals seit den 40er Jahren und unvorbereitet an die Regierung gekommen. Die offene Beteiligung an der

Regierung eines Staates aber, der Streitkräfte, einen Sicherheitspakt mit den USA und diplomatische Beziehungen zu Südkorera unterhielt, bedeutete die de facto-Aufgabe der Prinzipien, die die Einheit der Partei garantierten. Zwischen Pragmatismus und Selbstaufgabe hin- und hergerissen, wirkten die Sozialdemokraten in der Regierung Hosokawa vor allem als Bremser. Sie hatten kein eigenes Reformprogramm und führten dem Publikum einen Anblick innerer Zerrissenheit vor. Sie argumentierten, daß man in einer Koalition akzeptieren könne, was man als Partei ablehne. Die "Prinzipien" der SDPJ aber hatten sich in 40 Jahren Opposition zu einem derart fundamentalistischen Kanon verfestigt, daß man sie nicht mehr flexibel interpretieren konnte, ohne sie aufzugeben. Die Partei wählte schließlich den Pragmatismus und die Koalition mit der LDP. Auf dem turbulenten Parteitag von 1994 warf sie ihre "Grundprinzipien" - die Ablehnung der Selbstverteidigungskräfte, des Sicherheitsvertrags mit den USA, der diplomatischen Beziehungen zu Südkorea, der Nationalfahne, der Nationalhymne und, als Dreingabe, der Kernenergie - über Bord, nachdem der frisch gewählte Premier sie bereits bei Amtsantritt *ad acta* gelegt hatte. Die SDPJ wählte den Pragmatismus - und die Selbstauflösung.

Die Koalition mit der LDP bedeutete zum einen, daß die SDPJ des Rests der Wählerschaft verlustig ging, der ihr verblieben war. Schon in den Wahlen von 1993 verlor die Partei gegenüber 1990 die Hälfte ihrer Wähler. Wähler, die einen Wechsel wünschten und die LDP nach einer endlosen Kette von Skandalen abgelöst sehen wollten, stimmten für die sich neu bildenden Oppositionsparteien, die, Fleisch vom Fleische der LDP, konservativ aber machtbewußt waren und die Regierung wirklich übernehmen wollten. Den Sozialdemokraten blieb eine immer noch beachtliche Minderheit von Wählern, denen die Unantastbarkeit der "Friedensverfassung" wichtiger war als die Frage, wer die Regierung bildete. Diese in Japan nicht unbedeutende pazifistische Strömung wurde durch den Kurswechsel der SDPJ vor den Kopf gestoßen und strafte die Partei in den Wahlen von 1996 mit Loyalitätsentzug. Die SDPJ hatte keine Wähler mehr und wurde von den Kommunisten überflügelt.

Zum andern bedeutete die Koalition mit der LDP, daß die SDPJ nun über keinen inneren Zusammenhalt mehr verfügte. Es ist bezeichnend, daß im

Herbst 1996 über die Hälfte der sozialdemokratischen Abgeordneten zur neugebildeten Demokratischen Partei überlief (nachdem sich zuvor bereits eine kleinere linke Gruppierung abgespalten hatte), von der sie sich bessere Chancen bei der Wiederwahl versprachen als von der niedergehenden SDPJ.

4. Die Demokratische Partei Japans: Die Nachfolgerin der SDPJ?

Von der SDPJ übriggeblieben sind erstens 15 Unterhausabgeordnete, von denen fünf ein Direktmandat erringen konnten und zehn über regionale Listen ins Parlament kamen; hinzukommen 16 Oberhausmandate (davon sieben Direktmandate). Die Abgeordneten der SDPJ im Unter- und Oberhaus spielen die Rolle eines Mehrheitsbeschaffers für die regierende LDP; ohne an der Regierung beteiligt zu sein, haben sie zugesagt, in den entscheidenden Fragen mit der LDP zu stimmen. Übriggeblieben sind zweitens Apparat und Mitgliedschaft; die Zahl der Mitglieder gab die Partei 1995 mit 120.000 an, aber schon damals handelte es sich um eine Überschätzung; heute wird die Partei nicht mehr als 40.000 bis 50.000 Mitglieder haben, von denen viele als Abgeordnete in den Präfektur- und Kommunalparlamenten sitzen. Verlorengegangen ist die Unterstützung der Gewerkschaften: Die Partei ist im Parlament nicht mehr einflußreich genug, um gewerkschahliche Forderungen wirksam zur Geltung zu bringen. Die früheren Dōmei-Organisationen, die einst auf der Seite der DSP gestanden hatten, unterstützen nun Shinshintō, während sich die Sōhyō-Gewerkschaften zur Demokratischen Partei (Minshutō umorientiert haben; einzelne Organisationen haben sich auch der LDP angenähert. Man wird sich nicht allzu sehr exponieren, wenn man den Sozialdemokraten unter diesen Bedingungen keine großen Zukunftsperspektiven mehr einräumt, von wenigen Politikern wie Doi Takako, Murayama Tomiichi oder Itōō-san (Kyushu:?) , die hohe Regierungsposten innehatten und über eine starke lokale Basis verfügen, abgesehen.

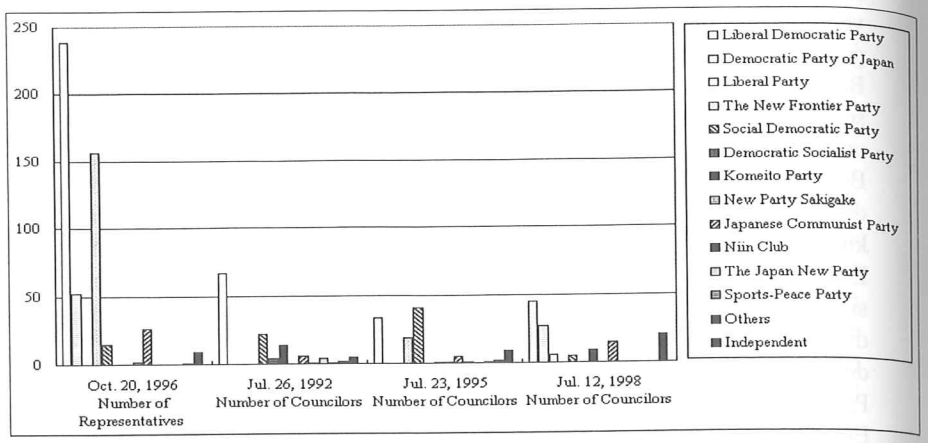
Die Frage ist, ob sich die im Herbst 1996 gegründete Demokratische Partei Japans als eine Kraft links von der Mitte etablieren kann, die die von der SDPJ geräumte Position besetzt. Die Minshutō setzt sich zu etwa gleichen

Teilen aus Politikern der de facto verschwundenen Sakigake-Partei und der SDPJ zusarnmen. Die Sakigake-Abgeordneten, zu einem hohen Anteil junge ehemalige LDP-Politiker in der zweiten oder dritten Generation, hatten bei der Minshutō-Gründung die Initiative inne, nach dem die jahrelang angekündigte Umbildung der SDPJ zu einer "dritten Kraft" sozialdemokratisch-liberaler Ausrichtung gescheitert war. Auf ihrem Reformparteitag von 1996 brachten die Sozialdemokraten kaum mehr zustande als die Einführung ihres seit 1989 international geltenden Namen ins Japanische. D.h. erst kurz vor dem Ende der Partei erfuhren ihre prospektiven Wähler, daß es sich nicht um eine sozialistische, sondern eine sozialdemokratische Kraft handelte. Die jungen Ex-LDPler bestimmen das Gesicht der Minshutō stärker als die ehemaligen Sozialdemokraten. Aus ihren Reihen stammen die beiden Parteifiihrer Yukio Hatoyama und Naoto Kan. Das Programm der neuen Partei ist auf den ersten Blick ein laues Gebräu aus Bürgerfreiheit, Beamtenkritik und Brüderlichkeit, das sich nur unerheblich von den Phrasen der anderen Parteien unterscheidet. Bemerkenswert ist allerdings, daß sich die Minshutō in ihrem Programm zur Verantwortung Japans für den Zweiten Weltkrieg in Asien bekennt und damit bereits eine Sonderstellung unter den politischen Kräften des Landes einnimmt (und sie zum Ziel rechtsradikaler Hetztiraden macht). In dieser moralischen Hinsicht tritt die Minshutō durchaus die Nachfolge der SDPJ an. - Die Partei gab im Februar 1997 an, 1.000 Mitglieder w haben, d.h. sie setzte sich aus ihren 52 Unterhaus- und 16 Oberhaus-Abgeordneten, deren Familien und Mitarbeitern zusammen. Von ihrer Struktur, ihrem Programm und dem maßgebenden Teil ihrer Politiker her gleicht die Minshutō auf dem ersten Blick einer weiteren LDP - etwas jünger und etwas progressiver, aber eine Partei ohne Unterbau und - noch - ohne konsistenten inneren Zusammenhalt. Der Übergang von der SDPJ zur Minshutō ist ein weiterer Schritt der Abkehr der japanischen Politik von europäischen Vorbildern. Die Orientierung an diesen Vorbildern hatte zwar immer den Charakter einer Fassade gehabt, gleichwohl gab sie einige Anhaltspunkte zur Standortbestimmung der politischen Kräfte. Heute kann man vereinfacht von einer "Amerikanisierung" dieser Vorbilder sprechen. Nachdem die Komeitō in der Shinshintō aufgegangen ist, ist die Kommunistische Partei als einzige weltanschaulich orientierte Kraft übriggeblieben. Alle anderen Parteien verzichten heute von vornherein auf eine weltanschauliche

Begründung ihrer Politik. Für die Demokratische Partei wird die Leerstelle der Weltanschauung mittels eines eher durch Bilder als durch Argumente vermittelten Images des "Progressiven" amerikanischer Provenienz gehüllt. So führte das offizielle Parteitagsvideo John F. Kennedy, die Beatles und Martin Luther King als geistige Ahnen auf, und Hatoyama ließ seine Eröffnungsansprache durch Bob Dylans "Blowin' in the wind" untermalen. Was dem europäischen Beobachter als nahezu kitschige Beschwörung einer nostalgisch verklärten Vergangenheit erschien, sollte den japanischen Parteitagsteilnehmern das Gefühl eines politischen und kulturellen Aufbruchs vermitteln, der vor über 30 Jahren in den USA und Europa, aber nie in Japan stattfand. Für den bösartigen Beobachter gibt sich die Demokratische Partei als die 60er-Jahre-Version einer SDPJ, die die 50er Jahre nie verlassen hat. Trotz der- aus europäischer Sicht - deutlichen Schwächen der Minshutō besteht eine gute Chance, daß die Partei in Zukunft die japanische Politik entscheidend beeinflussen wird. Ein erster Aktivposten der Minshutō ist negativer Art: Das offensichtliche Scheitern der (noch) - größten Oppositionspartei Shinshintō. Dadurch, daß die Demokratische Partei im Spektrum des japanischen Systems links von der Mitte angesiedelt ist, erweckt sie zumindest den Eindruck einer alternativen Kraft. Zweitens kann sich die Minshutō auf eine reale Basis in der Gesellschaft stützen: Auf lokal begrenzte, aber politisch wirksame Bürger- und Reformbewegungen, deren Ziele je nach Gegebenheit variieren, deren gemeinsamer Nenner aber die Kontrolle und Kritik der Bürokratie ist. Die Demokratische Partei ist gerade aufgrund ihres vagen Programms und ihrer heterogenen Zusammen-setzung ein angemessenerer Interpret dieser lokalen Bewegungen als die (nach außen hin) weltanschaulich fixierte SDPJ.

Die Zukunft der Demokratischen Partei wird davon abhängen, ob die derzeitige LDP-Regierung Hashimoto in der Lage ist, ihr umfassendes Reformprogramm - reformiert werden sollen die bestehenden Regulierungen, der Staatshaushalt (sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite), das Finanzsystem, die sozialen Sicherungssysteme, die Verwaltung und das Erziehungswesen, kurzum: alles - zu verwirklichen.

Sitzverteilung im japanischen Parlament (1992-1998)



Quelle: Japan Information Network (JIN)-Website **http://jin.jcic.or.jp/stat/stats/03PLT21.html**

Gelingt es ihr, den Eindruck der Reformfähigkeit zu vermitteln, würde der Demokratischen Partei der Wind aus den Segeln genommen. Gelingt es ihr nicht - was wahrscheinlicher ist -, wird sich die wachsende Unzufriedenheit mit der Bürokratisierung des gesellschaftlichen Lebens in einen Aktivposten der Oppositionspartei verwandeln, deren antibürokratischer Habitus am ausgeprägtesten ist. ■

Dr. Michael Ehrke *leitete das Büro Tōkyō der von der SPD getragenen "Friedrich-Ebert-Stiftung" (www.fes.de). Von 1992 bis 1997 tat der Politik- und Sozialwissenschaftler dies vor Ort in Tōkyō - wo er auch als Mitglied des Beirats die Arbeit der OAG unterstützte - seither koordiniert er die Aktivitäten von der Stabsabteilung in Bonn aus, wo er sich in der Abteilung "Internationaler Dialog" mit internationaler Politikanalyse beschäftigt.*

Das hier mit freundlicher Genehmigung des Autors abgedruckte "Feature" wurde im März 1997 als "Bericht aus Tōkyō" an die Stiftungszentrale in Bonn geschickt. Der Text ist auch als Publikation der "Friedrich-Ebert-Stiftung" (FES) erhältlich (Bestellnummer 2064: Ehrke, Michael: "Japans Parteienspekturm im Wandel. Die Sozialdemokratische Partei Japans: ein Rückblick", Bonn, 1997, 16 S., DM 10.--)